



Viel Nationalstolz und viel Widerstand: Die Parolen der Neonazis gingen bei ihrer Kundgebung größtenteils ungehört im Lärm der Gegendemonstranten unter. Für das Landkreisbündnis gegen Rechts war die Aktion und die Resonanz der Bürger ein Erfolg, wie dessen Vertreter jetzt auf einer Pressekonferenz mitteilen. Fotos: WT-Archiv

Landkreisbündnis gegen Rechts zieht Bilanz

„Gegendemo war ein Erfolg“

Insgesamt sind die Verantwortlichen mit der Resonanz der Bevölkerung zufrieden – Vereinzelte Kritik

WEISSENBURG (ste) – Für das Landkreisbündnis gegen Rechts steht fest: Die organisierten neonazistischen Gewalttaten und Aktionen nehmen seit November 2011 zu. Dabei gehen die Täter oft straffrei aus. Die Antifaschisten fordern deshalb eine konsequente Verfolgung und Aufklärung aller rechtsradikalen Straf- und Gewalttaten. Auch bei der jüngsten Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Weissenburg wurden nach Ansicht des Landkreisbündnisses mehrere Straftaten verübt, die jetzt zur Anzeige gebracht werden sollen. Insgesamt bewertet das Bündnis gegen Rechts die Gegendemonstration in Weissenburg aber als großen Erfolg.

Für Harald Dösel, einer der drei Sprecher des Landkreisbündnisses, steht jedenfalls fest: „Die Aktion war sehr positiv, vor allem weil die Gegendemonstranten sehr lange ausharrten, weil die Kundgebung von 11.00 bis 20.00 Uhr angemeldet war.“ Angesichts der Tatsache, dass das Landkreisbündnis nur rund 15 Stunden Zeit gehabt hatte, um eine Gegendemonstration zu organisieren, sind die Organisatoren mit der Resonanz der Bevölkerung mehr als zufrieden. Immerhin fanden sich fast 350 Bürger auf dem Marktplatz ein und sorgten dafür, dass die Parolen der Neonazis im Lärm untergingen.

Dennoch glaubt Günter Pierdzig von den nordbayerischen Bündnissen gegen Rechts, dass das Landratsamt als Genehmigungsbehörde die Kundgebung der JN erst einmal hätte verbieten können. „Verbote sind immer sinnvoll, weil es dann erst einmal ans Verwaltungsgericht geht und damit mehr Zeit gewonnen werden kann, um eine Gegendemo zu mobilisieren.“ Generell hält der engagierte Antifaschist auch schärfere Auflagen für sinnvoll. So hätte seiner Ansicht nach das Landratsamt anordnen können, dass

Menschen mit rechtsextremistischen Emblemen, Sprüchen, Springerstiefeln oder Vermummung keinen Zutritt zur Kundgebung erhalten.

Dass diese Auflage gegriffen hätte, belegen Bilder, die das Landkreisbündnis gegen Rechts während der Neonazi-Kundgebung geschossen hat. Unter anderem sind dort voll vermummte Neonazis zu sehen, die direkt neben Einsatzkräften der Polizei stehen, oder auch Demonstranten, die Sticker wie „Fuck Israel“ oder „Isreal, Du Scheiß Opfer“ auf ihrer Kleidung tragen. Nach Pierdzigs Meinung hätte das Landratsamt die Kundgebung der Neonazis auch zeitlich beschränken können, schließlich sei das auch in Forchheim vor einigen Wochen möglich gewesen.

Ausdrückliches Lob hatten die Sprecher des Landkreisbündnisses für die Zusammenarbeit mit der Weissenburger Polizei und Polizeichef Peter

Aschenbrenner parat. Weniger zufrieden waren sie dagegen mit dem Verhalten der anderen Einsatzkräfte, die von umliegenden Polizeiinspektionen und vom Sondereinsatzkommando USK zur Unterstützung angefordert worden waren. So hätten einige Beamte nach Ansicht des Bündnisses mit zweierlei Maß gemessen und seien beispielsweise gegen vermummte Antifaschisten vorgegangen, gegen vermummte Neonazis aber nicht.

Für Pierdzig ein generelles Problem: „Grundsätzlich scheint bei der Klärung den Aussagen der Neonazis mehr Gewicht geschenkt zu werden als den Betroffenen selbst. Wenn Innenminister Herrmann noch von einer angeblich zunehmenden Gewalt von links spricht, interpretiert er die Zahlen einseitig und lenkt damit bewusst von den extrem rechten Gewalt- und Straftaten ab.“

Dass auch während der Demo in Weissenburg derartige Straftaten von rechts verübt wurden, steht für das Landkreisbündnis gegen Rechts fest. So habe einer der Neonazi-Ordner dessen Ansicht nach bewusst zu einer Straftat aufgerufen, als er „Kameraden, an die Front!“ rief, worauf ein Dutzend Neonazis auf Gegendemonstranten losstürmte. Auch hier hätte die Polizei einschreiten müssen. Bündnismitglied Victor Rother glaubt sogar, die Polizei hätte an dieser Stelle die Veranstaltung abbrechen müssen, weil die öffentliche Sicherheit gefährdet war.

Gegen den erwähnten Ordner der JN-Veranstaltung will das Landkreisbündnis indes Strafanzeige stellen wegen Aufruf zu einer Straftat. Denn schon hier fängt für Pierdzig die Zivilcourage an: „Wir dürfen das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Neonazis sind gut vernetzt. Wir müssen deshalb alle gemeinsam unsere Demokratie schützen.“

Freie Nationalisten WUG

Ermittlungen laufen noch

Gegen die Homepage-Macher Vorwurf der Volksverhetzung

WEISSENBURG/MÜNCHEN (ste) – Die SPD-Landtagsabgeordnete Christa Naaß hat im Zusammenhang mit den zunehmenden Propaganda-Aktionen der Freien Nationalisten Weissenburg Anfang Januar eine schriftliche Anfrage an die Staatsregierung gestellt. Jetzt ist die Antwort eingegangen.

Unter anderem wollte die Sozialdemokratin wissen, seit wann die Gruppierung unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Die Antwort aus München: „Die rechtsextremistische Gruppierung Freie Nationalisten Weissenburg steht seit ihrer Gründung im Jahr 2009 unter Beobachtung des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.“

Nach Auskunft des Bayerischen Innenministeriums wird der Gruppierung unter anderem vorgeworfen, verfassungsfeindliche Kennzeichen verwendet zu haben. Gegen den Verantwortlichen der Homepage der Freien Nationalisten Weissenburg wird inzwischen wegen Volksverhetzung ermittelt. Die Ermittlungen seien aber noch nicht abgeschlossen.

Der aktive Kreis der Freien Nationalisten Weissenburg umfasst laut Bayerischem Verfassungsschutz rund zehn Personen, die von befreundeten Gruppierungen aus ganz Mittelfranken unterstützt werden. So bestehe Kontakt zu der Kameradschaft „Division Franken“ und zum „Freies Netz Süd“ sowie deren Vertretungen. Insgesamt stellt die Staatsregierung „ein erhöhtes Aggressions- und Gewaltpotential“ fest.